

9. April 2008, Zürich
Medienmitteilung

Second@s Plus fordern Sicherheit bei der Einbürgerung

Am 1. Juni kommt die Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“ der SVP zur Abstimmung. Die Second@s lassen sich nicht vom Titel blenden: es geht bei dieser Initiative nicht einfach um Einbürgerungen und schon gar nicht um „demokratische“ Einbürgerungen. Die Initianten verlangen, dass das Volk ohne Begründung entscheidet ob eine Einbürgerung vorgenommen wird oder nicht. Die Second@s wollen sich nicht hinter unpersönlichen und unbegründeten Urnenentscheidungen verstecken. Dieses Vorgehen führt zu Zufallsentscheiden und somit zu Willkür bei der Einbürgerung. Das Schweizerische Bürgerrecht ist zu wichtig, zu einzigartig, um willkürlich damit umzugehen. Und an willkürlichen Entscheiden ist nichts Demokratisches.

Nicht der Urnenentscheid ist das Problem am Initiativtext, sondern die fehlende Begründung und die fehlenden Beschwerdemöglichkeiten. Das Abschliessende am Entscheid führt zu Beliebigkeit. Eine Entscheidung, die nicht einmal begründet werden muss, ist unschweizerisch. Niemand sollte sich in der Schweiz hinter einer Urne verstecken müssen. Die Einbürgerung ist ein wichtiger Schritt. Das Bürgerrecht ist ein zu wichtiges Gut, als dass die Einbürgerung zufällig vergeben werden sollte.

Den Initianten geht es nicht um die Bedingungen und die Kriterien für die Einbürgerung. Den Second@s hingegen geht es darum, dass einmal festgelegte Regeln einigermaßen konsequent angewendet und kontrolliert werden. Regeln wie zum Beispiel der Integrationsgrad oder die Deutschkenntnisse. Die Second@s Plus fordern verlässliche sichere Vorgaben, woran alle sich halten können, auch bei Einbürgerungen.

Die SVP will jedoch keine Auseinandersetzung um Vorgaben und Regeln, sondern führt einen Kampf um Zuständigkeiten und Verfahren. Die Initiative gewährleistet weder Sicherheit und noch Demokratie in der Frage der Einbürgerungen. Die Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind politisch zu diskutieren, fordern die Second@s Plus an ihrer Nationalen Sitzung in Zürich, das sei gelebte Demokratie.

Damit das Bürgerrecht nicht zu einem Zufallsartikel verkommt, wollen die Second@s betragen die folgenden Fragen zu beantworten: Braucht es einheitliche Deutschprüfungen? Wie wird der Integrationsgrad bewertet? Sind die Wohnsitzfristen noch zeitgemäss? Sollen weiterhin Kinder als Ausländer in der Schweiz geboren werden? Es sind verbindliche und verlässliche Antworten gefordert. Die Schweiz hat Sicherheit und Konsequenz in der Anwendung der Einbürgerungskriterien verdient.

Wir brauchen Sicherheit und Transparenz. Immerhin geht es um den Zugang zur schweizerischen Bürgerrecht. Ein Nein zu dieser SVP-Initiative ist die einzige vernünftige Antwort.

*Weitere Auskünfte für Medienschaffende:
Roberto Rodriguez, Telefon 076 399 78 39*